

Positionspapier

Österreichs Arbeitswelt fit für die Zukunft machen

FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie

Mag. Brigitte Ederer, Obfrau des FEEI

Dr. Lothar Roitner, Geschäftsführer des FEEI

Mariahilfer Straße 37–39, 1060 Wien

T: 01 58839-0 | www.feei.at

Österreichs Arbeitswelt fit für die Zukunft machen

Die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche bringt große gesellschaftliche Herausforderungen mit sich, eröffnet aber gleichzeitig enorme Chancen für den Standort Österreich und die Elektro- und Elektronikindustrie.

Die Elektro- und Elektronikindustrie ist Taktgeber für Innovation und Fortschritt. Leistungsfähige Infrastruktur, smarte Städte, energieeffiziente Technologien und intelligenter Verkehr sind Lösungen für die großen Herausforderungen der Zukunft – von der Urbanisierung über den Klimawandel bis hin zu steigenden Mobilitätsbedürfnissen: Die voranschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche macht die Elektro- und Elektronikindustrie zur Schlüsselbranche schlechthin. Anwendungen wie Industrie 4.0, e-Mobilität oder das Internet of Things werden durch sie erst möglich, wodurch sie immer mehr zum Rückgrat der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung avanciert.

Mit rund 65.000 Beschäftigten, einem Produktionswert von 15,3 Mrd. Euro und einem Exportanteil von 80 Prozent ist die Elektro- und Elektronikindustrie der zweitgrößte industrielle Arbeitgeber Österreichs. Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 20.000 Euro pro Beschäftigtem, die sich auf insgesamt rund eine Milliarde Euro pro Jahr belaufen, machen sie zur forschungsintensivsten Branche und verdeutlichen ihre Bedeutung für Technologie und Innovation.

Um sicherzustellen, dass Innovation, Beschäftigung und Prosperität der Branche weiterhin gesteigert werden können und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Österreich ausgebaut werden, fordert der FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie die nachfolgenden Maßnahmen.

Als offizielle Interessenvertretung sichert der FEEI der Regierung seine aktive Unterstützung bei der Umsetzung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Regierungsprogramms zu.

1. Arbeitszeiten flexibilisieren

Bereits in den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU aus dem Jahr 1998¹ vereinbarten die Mitgliedsstaaten eine Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer durch eine Modernisierung der Arbeitsorganisation. Konkret heißt es darin, dass „die Sozialpartner ersucht werden, auf den entsprechenden Ebenen, insbesondere auf Branchen- und Unternehmensebene Vereinbarungen zur Modernisierung der Arbeitsorganisation, darunter auch anpassungsfähige Arbeitsregelungen, auszuhandeln, um die Unternehmen produktiv und wettbewerbsfähig zu machen...“

Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, benötigt die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie eine moderne, zukunftsorientierte Arbeitszeitgestaltung und damit mehr Flexibilität. Aufgrund der schnell fortschreitenden Digitalisierung, des Ausgleichs von Schwankungen in der Produktion und geänderter Arbeitsformen wie Teleworking oder Colla-

¹ Vgl. <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/f4eba4f8-30b5-4b78-ada0-bf3df02a16d4/language-de>

borative Working mit weltweit verteilten Projektgruppen, werden erweiterte gesetzliche Möglichkeiten benötigt. Dadurch würde die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Auch die Mitarbeiter wünschen sich mehr Autonomie bei der Arbeitszeitgestaltung.

Der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie begrüßt daher die Ziele der Regierung, durch Flexibilisierung und Entbürokratisierung des Arbeitszeitgesetzes den Bedürfnissen sowohl der Mitarbeiter als auch der Arbeitgeber in Bezug auf mehr Flexibilität und Autonomie nachzukommen und einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der eine derartige Flexibilität erlaubt. Denn die aktuellen Arbeitszeitregelungen stammen aus einer Zeit weit vor der Digitalisierung und müssten dahingehend überarbeitet werden.

Konkrete Maßnahmen:

Verankerung einer täglichen Normalarbeitszeit von bis zu 10 Stunden

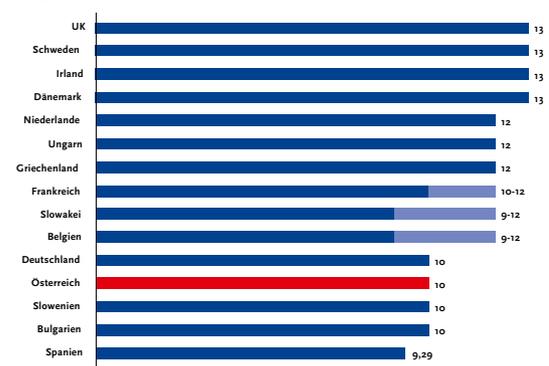
Flexiblere Arbeitszeiten werden in allen europäischen Ländern immer wichtiger, um sich den aktuellen Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs stellen zu können. Ein Ländervergleich (siehe Abbildung) zeigt, dass Österreich mit seinen derzeit 10 Stunden täglicher Normalarbeitszeit eines der EU-Länder mit der niedrigsten Höchstarbeitszeit ist.

Wir fordern daher eine entsprechende Änderung in § 3 Arbeitszeitgesetz, um auch in Österreich die Flexibilität zu haben, schnell und unbürokratisch u.a. auf Konjunkturschwankungen reagieren zu können.

Änderung der zeitlichen Einschränkungen des § 7 Abs. 4 AZG auf höchstens 120 Tage pro Kalenderjahr

Diese würde an Stelle der bisher 24 Wochen pro Kalenderjahr treten.

Tägliche Maximalarbeitszeit (inkl. Überstunden) – in Stunden



Quelle: Eurofound (2017), Developments in working time 2015-2016, Publications Office of the European Union, Luxembourg.
Anmerkung: Als Berechnungsgrundlage für Spanien dienen die jährlich maximalen Überstunden.



Entfall der inhaltlichen Einschränkung des § 7 Abs. 4 AZG

Derzeit ist ein Abweichen nur zur Verhinderung des unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Nachteiles und nur, wenn andere Maßnahmen unzumutbar sind, möglich.

Stärkung der Betriebsebene

Das Ermöglichen einvernehmlicher Vereinbarungen auf Betriebsebene ist den Unternehmen der Elektro- und Elektronikindustrie ein großes Anliegen und wird von der Regierung ebenfalls unterstützt.^{2,3} Dazu müsste § 1a Arbeitszeitgesetz erlauben, dass der gesetzliche Rahmen allein durch Betriebsvereinbarung ausgeschöpft werden kann, ohne dass dafür eine Zulassung durch den Kollektivvertrag notwendig ist.

²⁾ Vgl. Regierungsprogramm: Stärkung der Betriebsebene

³⁾ Optionen und/oder Pilotprojekte im Kollektivvertrag, die den Unternehmen verstärkte Möglichkeiten im Gegenzug für mehr Arbeitszeitautonomie der Mitarbeiter geben (bei gleichzeitiger Sicherstellung der betrieblichen Abläufe).

Die Rolle des Fachverbands der Elektro- und Elektronikindustrie

Die Kollektivverträge des Fachverbands der Elektro- und Elektronikindustrie haben auch beim Thema Arbeitszeit eine Vorreiterrolle. Für die flexible Gestaltung der Arbeitszeit gibt es im Kollektivvertrag eine Vielzahl von Modellen und die Möglichkeit von Pilotprojekten. Bei Bedarf werden auch Sonderkollektivverträge über die Sonn- und Feiertagsarbeit abgeschlossen. Für die Mitarbeiter wird ausdrücklich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geachtet. Für Aus- und Weiterbildung steht bis zu einer Woche Dienstfreistellung pro Jahr zur Verfügung, ebenso die notwendige Zeit für wichtige Prüfungsvorbereitungen.

Anlässlich der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 wurde durch langfristige Zeitausgleiche und Kurzarbeitszeit in den Betrieben der Elektro- und Elektronikindustrie die Mehrzahl der Mitarbeiter weiter beschäftigt, so dass in der folgenden Aufschwungsphase mit der eingespielten Mannschaft rasch durchgestartet werden konnte.

Der FEEI ist daher ein Partner der Regierung, wenn es darum geht, attraktive Arbeitsplätze in Österreich zu schaffen und damit den Industriestandort Österreich zu stärken.

2. Senkung der Lohnnebenkosten

Die Höhe der Lohn- und Lohnnebenkosten ist ein wichtiges Kriterium der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Innerhalb der EU zeigt sich ein klarer Trend zur Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten, dem sich Österreich nicht entziehen kann.

Der Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie begrüßt daher die Bestrebungen der Regierung, die Lohnnebenkosten unter dem Blickwinkel von Kostenwahrheit und Transparenz zu durchforsten und nachhaltig zu senken. Der FEEI fordert daher eine rasche Senkung auf 22,4 Prozent u.a. durch:

Konkrete Maßnahmen:

Reduzierung des Insolvenzentgeltfondsbeitrags

Der Fonds verfügt über Reserven von fast 500 Mio. Euro, der gemäß § 12/3/Z2 IESG in einer derartigen Situation zu senken ist. Der Beitrag zum Insolvenzentgeltfonds könnte und müsste gemäß IESG sofort von 0,35 Prozent auf 0,25 Prozent gesenkt werden. Das wäre ein sehr wichtiges Signal an die Wirtschaft.

Reduzierung des Unfallversicherungsbeitrags

Die Zahl der Arbeitsunfälle konnte in den vergangenen zwei Jahrzehnten um rund 40 Prozent gesenkt werden⁴. Im Sinne der im Regierungsprogramm 2017-2022 festgehaltenen Kostenwahrheit fordern wir die sofortige Senkung des Beitragssatzes zur Allgemeinen Unfallversicherung um 0,1 Prozent und darüber hinaus die Prüfung einer darüber hinausgehenden Senkung.

Senkung des Beitrags zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)

Der Familienlastenausgleichsfonds wird zu über 80 Prozent aus Dienstgeberbeiträgen finanziert. Der Fonds sollte gänzlich oder teilweise von familienfremden Leistungen entlastet und der Dienstgeberbeitrag daher deutlich reduziert werden.

⁴ Vgl. Statistik Austria https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/gesundheit/unfaelle/arbeitsunfaelle/index.html

3. Technische Bildung ausbauen und fördern

Es werden mehr Fachkräfte als je zuvor in den Zukunftsfeldern der Elektro- und Elektronikindustrie gesucht. Treiber ist die Digitalisierung der Industrie, die den Bedarf an Experten in Informatik, Elektronik, Mechatronik u.s.w. europaweit massiv erhöht. IT ist neben Elektronik und Maschinenbau sowie deren Schnittmengen das wichtigste Berufsfeld der Zukunft.

Das derzeitige Bildungssystem in Österreich muss sich daher für die digitalisierte Welt rüsten. Dazu bedarf es weitreichender Reformen, da naturwissenschaftlich interessierte und kreative Menschen benötigt werden, die das Schulsystem derzeit nicht in der benötigten Menge hervorbringt. Der FEEI fordert daher:

Konkrete Maßnahmen:

Weiterentwicklung aller Berufsbilder in der Lehrausbildung im Hinblick auf die Veränderungen durch die Digitalisierung

In den letzten Jahren ist es in den befragten Firmen zu relativen (und absoluten) Zuwächsen bei höher qualifizierten Beschäftigten und Rückgängen bei gering qualifizierten gekommen. Die Unternehmen gehen davon aus, dass sich dieser Trend auch in den nächsten fünf Jahren in einem ähnlichen Ausmaß fortsetzen wird. Die mittlere Facharbeiterebene (Lehrabsolventen etc.) wird jedenfalls auch in Zukunft in vielen Unternehmen quantitativ eine wichtige Rolle spielen. Diese Entwicklungsdynamik kann als anhaltender Trend eines qualifikationsverzerrten technologischen Fortschritts interpretiert werden.⁵

Einführung von MINT-Schwerpunkten in die Lehrpläne von Volks- und Mittelschulen sowie MINT-Oberstufen mit eigener Matura

Rekrutierungsschwierigkeiten treten vorrangig im Bereich der technischen bzw. MINT-Berufe auf. Das gilt für Absolventen aller technischen Ausbildungsebenen. In der Prioritätenliste der zu besetzenden Stellen spiegelt sich die generelle Techniker-Lücke in Österreich wider. Auswertungen verdeutlichen, dass fast die Hälfte der ausgebildeten Techniker nicht im Produktionssektor beschäftigt ist.⁶

Schaffung von mindestens 30 Prozent mehr Ausbildungsplätzen an Hochschulen und Fachhochschulen im technischen Sektor.

Von den rund 860.000 Personen, die einen technischen Beruf ausüben, haben etwa 70 Prozent eine technische Fachausbildung absolviert. Mit 40 Prozent stellen technische Lehrberufe das Rückgrat der Qualifikationsstruktur dar. Jeweils 13 Prozent haben eine HTL bzw. eine technische Hochschulausbildung durchlaufen sowie vier Prozent eine technische Fachschule. In Summe strömen jährlich rund 11.000 höher qualifizierte Techniker auf den Arbeitsmarkt. Davon dürften schlussendlich jährlich etwa 5.000 bis 6.000 neu ausgebildete Techniker im Produktionssektor landen.⁷

Der FEEI begrüßt daher ausdrücklich die von der Regierung geplanten Maßnahmen in diesem Bereich.

Als Gründungsmitglied der größten rein technischen Fachhochschule Österreichs, der FH Technikum Wien⁸, ist der FEEI auch im Bereich Ausbildung ein kompetenter Partner für die Regierung.

⁵ Vgl. https://www.ibw.at/bibliothek/key-area/research_5/year/2016/

⁶ Vgl. https://www.ibw.at/bibliothek/key-area/research_5/year/2016/

⁷ Vgl. <https://www.wko.at/branchen/k/industrie/Fachkraeftemangel-im-MINT-Bereich---Rekrutierung-wird-imm.html>

⁸ Vgl. <https://www.technikum-wien.at/news-events/die-fh-technikum-wien-stellt-sich-vor/>

